Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nummer 5240 des amtlichen Zeitungs-Verzeichnisses.

Für die Redaktion verantwortlich J. V.: Albert Herling in Halle.

[Fernsprechverbindung mit Berlin und Leipzig.] Anschluß-Nr. 176.

Saale-Zeitung.

(Der Bote für das Saalthal.)

Vierundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pfg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.

[Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nur mit voller Quellenangabe gestattet.]

Nr. 244. **Halle a. d. Saale, Sonnabend den 18. Oktober** **1890.**

Deutsches Reich.

* **Berlin,** 16. Okt. Nach seiner Rückkehr aus Plaue hörte der Kaiser gestern abend den Vortrag des Vorstehers des Militärkabinets General v. Hahnke. Heute vormittag kam Se. Maj. nach Berlin und stattete der Prinzessin Christian zu Schleswig-Holstein-Augustenburg im Palais der Kaiserin Friedrich einen längeren Besuch ab. Später empfing der Kaiser den neuen Kriegsminister General v. Kaltenborn-Stachau zu kurzem Vortrage. Um 11 Uhr trat alsdann der Kronrath im Schlosse zu einer längeren Sitzung zusammen, welche der Kaiser selbst leitete. Nach Schluß derselben folgte der Kaiser einer Einladung der Kaiserin Friedrich um 1 Uhr zum Frühstück, wozu auch die Kaiserin nach Berlin gekommen war. Nach Aufhebung der Tafel kehrten der Kaiser und die Kaiserin nach Potsdam zurück. — Bei der gestrigen Hochzeitsfeier im Hause des Grafen Königsmarck auf Schloß Plaue hat der Kaiser in Erwiderung eines Hochs des Schloßherrn folgende Tischrede gehalten: „Ich spreche Ihnen Meinen Dank aus für Ihre freundlichen und schönen Worte, namentlich dafür, daß es Mir verstattet wurde, an diesem schönen Familienfeste theilzunehmen. Meine Vorfahren haben zuerst keine günstige Aufnahme in der Mark gefunden, aber sie haben sich den Gehorsam erzwungen, ohne den kein öffentliches Gemeinwesen bestehen kann. Dieser Gehorsam aber verwandelte sich bald in Hingebung und Treue und stellte ein schönes Band her zwischen den Trägern der Krone und den Edelsten der Nation. Aus diesen gingen die Offiziere der Armee hervor; die Söhne des Adels wurden die Träger der guten und edlen Gesinnungen im Heere. Wir befinden uns hier im Kreise einer guten märkischen Familie, welche das Fest der Vermählung eines Meiner besten Offiziere mit einem besten Sproß des Hauses feiert. Ich wünsche, daß dem Paare alles das in Erfüllung gehen möge, was es sich selbst wünscht, und hoffe, daß der Ehemann ein ebenso tüchtiger Offizier bleiben wird, wie er es gewesen und daß die junge Frau für Mein Regiment der Gardes du Corps eine gute, strenge und wohlwollende erste Dame des Regiments werden wird." — Heute vormittag erfolgte die Ueberführung der Särge Kaiser Friedrichs und der Prinzen Waldemar und Sigismund von der Grabkapelle der Friedenskirche nach dem neuerbauten Mausoleum, nachdem Prediger Kritzinger in der Gruftkapelle ein Gebet gesprochen. Die Särge wurden von Unteroffizieren des 1. Garde-Regiments z. Fuß und des Regiments Gardes du Corps getragen. Im Zuge befanden sich u. a. der Ober-Hof- und Hausmarschall Ober-Ceremonienmeister des Kaisers, Graf zu Eulenburg, der Hausmarschall des Kaisers Freiherr v. Lyncker, die General-Adjutanten v. Wittich und v. Hahnke, der Ober-Hofmeister der Kaiserin Friedrich, Graf v. Seckendorff, der Minister des Königlichen Hauses, v. Wedell-Piesdorf, der Erbauer des neuen Mausoleums, Prof. Raschdorff, sowie die Dienerschaft der Kaiserin Friedrich. Nachdem im Mausoleum die Särge in die Gruft gebracht und diese geschlossen worden, sprach Prediger Kritzinger ein Schlußgebet. Die Kaiserin Friedrich, sowie die Frau Erbprinzessin von Meiningen und die Prinzessinnen Viktoria und Margarethe trafen nachmittags 3 Uhr zur Besichtigung des neuen Mausoleums ein. Laut Hofansage findet am 18. d. im Beisein der Königlichen Familie 11 Uhr die Einweihung des Mausoleums statt. Ober-Hofprediger und Schloßpfarrer Dr Kögel wird die Weiherede halten. An der Feier werden außer der Königlichen Familie noch zahlreiche fürstliche Verwandte derselben theilnehmen. — Kurz nach 7 Uhr trafen der Prinz und die Prinzessin Heinrich mit dem Prinzen Waldemar in Potsdam ein und nahmen im Neuen Palais Wohnung. — Der Herzog Alexander und der Herzog Peter von Oldenburg trafen, von Paris kommend, heute hier ein. — Prinz Adolf von Schaumburg-Lippe wird morgen früh in Berlin eintreffen und im Palais der Kaiserin Friedrich Wohnung nehmen.

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die Ernennung des bisherigen Regierungspräsidenten v. Pommer-Esche (Trier) zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen.

⊙ **Berlin,** 16. Okt. Die wiener Meldung, daß die Anregung zur Inangriffnahme eines Handelsvertrages zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland von letzterem ausgegangen sei, wird hier von berufener Seite bestätigt. Zugleich verlautet, daß zunächst von beiden Theilen selbständig die Schritte vorgenommen werden, welche zum Eintritt in wirkliche Verhandlungen nothwendig sind. So ist hier im Reichsamt des Innern der Decernent für Handelsvertrags-Angelegenheiten damit beauftragt worden, das betreffende Material zu sichten und alles Nothwendige zusammenzustellen. Dasselbe geschieht auch in Wien an der amtlichen Centralstelle des Reichs. Der letzte Handelsvertrag mit Oesterreich wurde unter dem 23. Mai 1881 abgeschlossen; er sollte bis zum 31. Dez. 1887 in Geltung bleiben, doch mit der Einschränkung, daß vom 1. Jan. 1883 ab eine jährliche Kündigung stattfinden könne. Dieser Vertrag war den damaligen allgemeinen handelspolitischen Verhältnissen entsprechend ein Meistbegünstigungs-Vertrag, während man jetzt den Versuch machen will, wieder einen Tarif-Vertrag zustande zu bringen. In dem Abkommen von 1881 heißt es: „Jede dritten Staaten in diesen Beziehungen eingeräumte Begünstigung ist daher ohne Gegenleistung dem anderen vertragschließenden Theile gleichzeitig einzuräumen. Hiernach folgen die Ausnahmen, nämlich 1. der Verkehr in gewissen Grenzbezirken und 2. die von einem der beiden Theile durch eine schon abgeschlossene oder künftig abzuschließende Zolleinigung zugestandenen Bedingungen. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich sind derartige, daß zwischen ihnen unter allen europäischen Staaten die günstigsten Bedingungen zum Abschlusse eines Tarifvertrages vorhanden sind.

?? **Berlin,** 16. Okt. Dem Erlaß des französischen Kriegsministers betreffs erhöhter Wachtsamkeit zur Verhinderung der Spionage legt man hier irgendwelche politische Bedeutung nicht bei, weil, wie hier bekannt geworden, ein ähnliches Cirkular von Herrn Freycinet bereits 1889 erlassen worden ist, worin fast mit denselben Wendungen den militärischen Lokalbehörden größere Umsicht dringend anempfohlen wird. Das für die Truppen geltende Verbot, sich von Lokalen mit Fremdenverkehr fern zu halten, hatte zuerst General Boulanger erlassen. Es wird übrigens hier vermuthet, man beabsichtige an der Seine durch das wüste Spionagegezeter den für die Republik sehr peinlichen Eindruck eines in Metz schwebenden Landesverrathsprozesses künstlich abzuschwächen und so in der öffentlichen Meinung den Glauben hervorrufen, als werde die Spionage von Deutschland systematisch betrieben.

□ **Berlin,** 16. Okt. Allen interessirten Ableugnungen zum Trotz kann ich versichern, daß die italienische Diplomatie unter dem Druck der öffentlichen Meinung in London bereits vertrauliche Schritte gethan hat, die so plötzlich abgebrochenen Negociationen betreffs Abgrenzung der italienisch-englischen Machtsphäre in Afrika wieder aufzunehmen. Graf Toricelli, der Botschafter Italiens, hat sich in diesem Sinne schon zu Lord Salisbury geäußert, von diesem aber einen ablehnenden Bescheid erhalten. Das englische Kabinet scheint keineswegs gewillt, diesen Vorschlägen Gehör zu schenken, umsoweniger, da es Herrn Crispi vielleicht mit Unrecht im Verdacht hat, in Neapel mit Frankreich unter dem Tisch gespielt zu haben. Thatsächlich waren von Paris aus gewisse Schritte erfolgt, welche vermuthen lassen, daß die Republik wieder einmal in der egyptischen Frage einen Druck auf England auszuüben beabsichtige. Am Quai d'Orsay hatte man sich der Hoffnung hingegeben, der Sultan werde, den Rathschlägen Admiral Duperrés Folge gebend, sich endlich soweit ermannen, um energisch für seine Suzeränetät in den egyptischen Dependencen einzutreten und darauf zu bestehen, daß der Pariser Traktat, welcher der Pforte absolute Unabhängigkeit sichert, von England dort respektirt werde. In Yildiz Kiosk aber scheint man noch in letzter Stunde — angeblich unter dem Druck einer anderen Großmacht — von diesem Vorhaben des lieben Friedens wegen Abstand genommen zu haben. Und zwar wird als gefälliger Vermittler Baron Blanc, der italienische Botschafter, genannt. Mit Rücksicht auf diesen Umstand ist man hier noch immer der Meinung, daß die Unterhandlungen beider Mächte noch nicht definitiv abgebrochen sein dürften.

---

* Die „Kreuzztg.", die sich des neuen Kriegsministers in ihrer Weise annimmt, hat erst vor wenigen Tagen behauptet, in dem nächsten Militäretat würden nur unerhebliche Mehrausgaben verlangt werden. Die „Nat.-Ztg." wiederholt dagegen die Mittheilung, beträchtliche Mehrforderungen im Militäretat, u. a. für die Schießübungen vermöge der Kostspieligkeit des neuen Pulvers ständen bevor, sodaß von einer Steigerung der Ausgaben für Heer- und Marinezwecke um mehr als 20 Mill. M. verlautete. Selbst der „Nat.-Ztg." erscheint das dringende Verlangen berechtigt, „daß alle nicht sachlich unbedingt gebotenen Verwendungen für Heer und Marine vermieden würden." Die „Nat.-Ztg." ist also der Meinung, daß unter den in Aussicht stehenden Mehrforderungen sich auch sachlich nicht gebotene befinden. Das war doch sonst nicht.

?? **Berlin,** 16. Okt. Wie der hier erscheinde „Neue Kosmos" mittheilt, beschäftigt sich infolge höherer Anregung die Kriminalpolizei eifrig mit dem „Spiritismus," welcher in der Reichshauptstadt dem ablehnenden Verhalten der Presse zum Trotz immer zahlreichere Anhänger gewinnt. Der Chef der Kriminalabtheilung des königl. Polizeipräsidiums Geh. Reg.-Rath Graf Pückler hatte, um sich durch den Augenschein von den Leistungen der Medien zu überzeugen, an den von Dr Egbert Müller geleiteten Verein „Psyche" das Ansuchen gestellt, der Sitzung eines namhaften Mediums, einer Frau ***, persönlich beizuwohnen. Da er zur festgesetzten Stunde jedoch dienstlich verhindert war, entsandte er als Vertreter den bekannten Polizeidirektor Herrn v. Meerscheidt-Hüllessem, und zwar in Begleitung einer Gefangenenwärterin aus Moabit, welche das Medium vorher erst gründlich von Kopf bis Fuß untersuchen mußte. Den Wunsch des Beamten, im Tricot oder in Männerkleidern zu sitzen, hatte das Medium abgelehnt. Inwieweit Herr v. Meerscheidt-Hüllessem durch die Leistungen der Frau *** für das von Dr Egbert Müller verfochtene Evangelium gewonnen worden ist, darüber ist bis jetzt etwas Zuverlässiges noch nicht in die Oeffentlichkeit gedrungen.

---

* Der Besuch des Königs der Belgier am berliner Hofe wird erst Ende dieses Monats erfolgen; allem Anscheine nach dürfte der 28. Okt. zunächst als Tag der Ankunft des Königs Leopold in Aussicht genommen sein. Der Besuch des Königs dient nur zur Erfüllung einer Höflichkeit und ist eine Erwiderung des Besuches Kaiser Wilhelms in Ostende. Dort schon hat König Leopold auf Ende Oktober sein Erscheinen in Berlin in Aussicht gestellt.

⊙ **Berlin,** 16. Okt. Der mehrfach erwähnte Plan der Errichtung besonderer Unfallkranken- und Rekonvaleszentenhäuser wird von den Berufsgenossenschaften mit Eifer weiter gefördert. Der geschäftsführende Ausschuß des Verbandes der Genossenschaften hatte sich vor kurzem mit dem Reichs-Versicherungs-Amt in Beziehung gesetzt, um die Ansicht dieser Behörde über eine Reihe in Erwägung kommender Fragen kennen zu lernen. Das Amt hat darauf erklärt, daß gegen die Verwendung berufsgenossenschaftlicher Mittel für den bezeichneten Zweck an sich nichts zu erinnern sei. Die Genossenschaften hatten ins Auge gefaßt zum Erwerb von Grundstücken und zu dem Bau wie zu Einrichtungskosten Beträge des Reservefonds zu verwenden, die mit pupillarischer Sicherheit auf die Grundstücke eingetragen werden sollen, und im übrigen die Mittel durch eine einmalige Umlage aufzubringen. Gegen beides hat das Reichs-Versicherungs-Amt Bedenken erhoben unter dem Hinweise, daß der Reservefonds seiner gesetzlichen Bestimmung nach im ganzen Umfange jeder Zeit realisirbar sein müsse, und daß andererseits eine einmalige Umlage eine unverhältnißmäßige und ungerechtfertigte Belastung der gegenwärtigen zum Vortheile der künftigen

---

Karl Twesten.

Erinnerungsblatt von Dr Ad. Konicki.

Am 18. Oktober 1870, heute vor 20 Jahren, trug man Karl Twesten zu Grabe, der als mannhafter Vorkämpfer für Volksfreiheit, als begeisterter Mithelfer an der Begründung der Einheit Deutschlands, als leuchtendes Muster eines kerndeutschen Patrioten in der politischen Geschichte unseres Vaterlandes und in den Herzen aller freiheitlichen Elemente unseres Volkes fortlebt.

Erst mit 41 Jahren seines nur 50 Jahre währenden Lebens betrat der berliner Stadtgerichtsrath Karl Twesten die politische Bühne. Aber dann wurde sein Name auch mit einem Schlage in den weitesten Schichten der Bevölkerung bekannt. Im Jahre 1861 erschien seine Aufsehen erregende Broschüre: „Was uns noch retten kann." Geschrieben mit dem Scharfsinn des Juristen, mit der Erfahrung des gereiften Mannes und mit der warmen Ueberzeugung eines unerschrockenen Patrioten, ist sie zugleich getragen von dem treuen Glauben an die Zukunft der liberalen Ideen. Diese Broschüre war eine That und diese That geschah zu einer Zeit, da das konstitutionelle Ministerium Auerswald, Bethmann-Hollweg, Patow, Bonin zwar noch am Ruder war, aber die reaktionär-feudale Partei noch oder schon wieder wagen durfte, mit keckem Muthe sich als die Herren der Situation zu geberden; zu einer Zeit, da zwar der Deutsche Nationalverein 20,000 freisinnige patriotische Männer als Generalstab einer großen liberalen Partei zusammenfaßte, aber das Preußische Herrenhaus alle liberal angehauchten Gesetze durch ein kategorisches Nein beseitigte.

Twesten, dessen zielbewußter Charakter jene Halbheit verachten mußte, mit welcher die damals herrschende Fraktion Binde die Reaktion in Preußen einzudämmen glaubte, gab in einer Broschüre der Stimmung aller freiheitlichen Elemente im Volke den prägnantesten Ausdruck. Mit dem Freimuth des Mannes, welcher sich bewußt ist, daß die Wohlfahrt des Staates oberstes Gesetz sei, kennzeichnete er das damalige Militärkabinet. Zwar war diese Schrift, deren Voraussetzungen inzwischen mannichfach durch die späteren Aufschlüsse der Geschichte korrigirt worden sind, anonym erschienen, aber als der darin „ein unheilvoller Mann an unheilvoller Stelle" genannte General v. Manteuffel, der jetzt verstorbene Feldmarschall, den Namen des Verfassers erkundet hatte, stand Twesten für die scharfen, unter den damaligen Verhältnissen verzeihlichen Urtheile nutzvoll mit dem Leben ein. Ohne Bedenken nahm er die Herausforderung zum Duell an, weil „ein überkommenes Vorurtheil, das in vielen Schichten mißbilligt wird, doch auch Guten zuweilen noch unanswechbar erscheint." Die Kugel seines ritterlichen Gegners, der von Twesten später nie anders als mit Hochachtung sprach, zerschmetterte Twesten den rechten Arm, aber dieser Schuß wurde im Volke gehört und verstanden. Twesten wurde in die Kammer gewählt. Vom ersten Augenblick an gehörte er dort zu den Zierden seiner Fraktion, ja des ganzen Parlaments, seine thatkräftige Unerschrockenheit, sein ebenso gründliches wie umfangreiches Wissen, das, allseitig anerkannt, von den Freunden geschätzt und bewundert, von den Gegnern mißgönnt und gefürchtet war, die anmuthende Milde seines Wesens einerseits und die rücksichtslose Charakterstrenge andererseits stellten ihn sofort auf den festen Platz. „Er erringt ihn," sagte Lasker von dem Dahingeschiedenen, „nicht durch Eigenschaften, welche blenden und vor dem aufmerksam beobachtenden Auge an Glanz verlieren, sondern durch jene tiefen Eigenschaften, die zuerst nur von den Besten und Würdigsten erkannt werden, allmälig auch der Menge sich offenbaren."

Ein jeder fühlt, hinter den Worten dieses Mannes steht die That und hinter der That steht der ganze Mann. Im Rahmen dieses Gedenkblattes läßt sich die öffentliche Thätigkeit eines Twesten nicht einmal in Umrissen zeichnen, nur eine vollständige Darstellung der politischen Geschichte jener Zeit würde ihr gerecht werden. Hier sei nur das Hauptsächlichste aus seiner politischen Thätigkeit kurz berührt.

Der 20. Mai 1865 war ein denkwürdiger Tag in der Geschichte des preußischen Parlaments. Muthig und unerschrocken, nicht mit dem schnell verlodernden Feuer der Beredtsamkeit, welche alle Schranken einreißt, sondern mit jener in seiner harmonisch ausklingenden Natur begründeten Ruhe und Gewalt der Ueberzeugung hielt Twesten seine berühmte Rede über die politisch beeinflußte Justizverwaltung des Grafen zur Lippe. Er, der Stadtgerichtsrath im Amte, richtete seine scharfen Angriffe gegen das Obertribunal, den höchsten preußischen Gerichtshof; er sagte dem anwesenden Minister ins Gesicht: „Graf zur Lippe setzt dieses System der politischen Beeinflussung fort, er dehnt es immer weiter aus auch auf die Appellationsgerichte durch Ernennung lediglich mit Rücksicht auf die politische Gesinnung oder Gefügigkeit der Beförderten. Das Anklagemonopol der Staatsanwaltschaft wird ein Instrument zur Unterdrückung der Gegner in Angriff wie in Abwehr und gleichzeitig ein Instrument, um die vollkommene Straflosigkeit der Anhänger der herrschenden Partei zu sichern. Und an diesem traurigen Bilde der Justiz trägt ohne Zweifel einen großen hervorragenden Theil der Schuld der Herr Justizminister. Unter seinem Regime heißt es: Wer die Minister bekämpft, beleidigt Se. Majestät. Aber was sagte Montesquieu gegen diese Deduktion? Wenn die Knechtschaft in Person auf die Erde herabkäme, sie würde keine andere Sprache reden."

So sprach ein Mann, dem es eine heilige Pflicht war, die Schäden der Verwaltung aufzudecken, so sprach ein Abgeordneter, dem für die berufsmäßig gethanen Aeußerungen durch die Verfassung Indemnität garantirt war.

Er sprach aber auch so sehr im Rahmen parlamentarischer Zulässigkeit, daß der Präsident nichts zu erinnern hatte. Als gleichwohl Graf Bethusy-Huck nach dieser Rede, welche einen mächtigen Eindruck im ganzen Hause gemacht hatte, in der verbindlichsten Form den Antrag stellte, den Abgeordneten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18901018019/fragment/page=0001

Mitglieder der Berufsgenossenschaften herbeiführen würde. Dagegen empfiehlt die Behörde, die nöthigen Mittel durch eine Anleihe der Genossenschaften zu beschaffen, deren Zinsen und möglichst hoch zu bemessende Amortisationsraten nebst den durch den Betrieb erwachsenden Kosten als Kosten des Heilverfahrens jährlich durch Umlage aufzubringen sein würden. Auf dieser Grundlage werden nunmehr weitere Schritte zur Durchführung des Planes geschehen. Für Berlin steht übrigens, wie die „Berufsgenossenschaft" mittheilt, die Errichtung eines gemeinsamen Unfallkranken- und Reconvalescenten-Hauses der Berufsgenossenschaften bereits in allernächster Zeit in Aussicht.

Der Gesammtvorstand des Reichstages wird den Grafen Moltke am 26. d. zu seinem 90. Geburtstage persönlich beglückwünschen.

Aus kolonialen Kreisen schreibt man der „A. N. C.": Major v. Wissmann, der vor der Hand hier zu bleiben wünschte, um die weitere Entwickelung der kolonialen Angelegenheiten, insbesondere auch die Stellungnahme der Reichsregierung zu derselben sowie zu seiner (v. Wissmanns) weiteren Verwendung im kolonialen Dienst abzuwarten, hat auf einen von sehr hoher Stelle geäußerten Wunsch von der Eingabe des Gesuches um weitere Verlängerung seines Urlaubs Abstand genommen und begiebt sich demnächst auf seinen Posten in Ostafrika zurück. Der Gesundheitszustand v. Wissmanns ist leider so erschüttert, daß ein Personenwechsel im Reichskommissariat in Ostafrika auf die Dauer nicht zu vermeiden sein wird.

Hauptmann Kundt ist wieder hergestellt und hat sich, wie gemeldet wird, gestern mit dem Postdampfer „Karl Woermann" nach Westafrika begeben.

* Ein Massenaustritt aus der Landeskirche ist nach der „Volksztg." im schlesischen Orte Schönberg bei Görlitz erfolgt, nachdem das Konsistorium die Versetzung des streng orthodoxen evangelischen Pastors Bronisch wiederholt abgelehnt hatte.

* Vicewachtmeister der Reserve Kurt Abel ist aus Anlaß seiner Schrift „Vier Wochen Vicewachtmeister," welche bekanntlich die Mißhandlungen der Soldaten bei dem Trainbataillon in Straßburg schildert, nunmehr von seiten der Militärbehörden in Anklagezustand versetzt worden, weil er die in der Schrift geschilderten Mißhandlungen als Vicewachtmeister nicht zur Anzeige gebracht habe. — Es entsteht nun die Frage: kann eine Person des Beurlaubtenstandes im Beurlaubtenverhältniß noch vor das Militärstrafgericht geladen werden wegen einer Handlung, welche der Betreffende im aktiven Dienststande begangen haben soll? Die weitere Frage entsteht: ist Herr Abel verpflichtet, ohne zu einer Dienstübung eingezogen zu sein, Vorladungen der Militärgerichte Folge zu leisten, bezw. kann die Nichtbefolgung einer solchen Vorladung ein Kontumacialverfahren rechtfertigen? Wir sind nicht militär-juristisch gebildet genug, um uns hierüber sofort eine selbständige Ansicht bilden zu können. So einfach, wie die „Frankf. Ztg." die obigen Fragen verneint, liegen dieselben aber sicher nicht.

* Marienburg, 16. Okt. Bei der heute im 1. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Danzig (Stadtkreis Elbing, Landkreis Elbing, Marienburg) stattgehabten Ersatzwahl eines Landtagsabgeordneten wurde Hofjagermeister Graf Richard Dohna-Schlobitten (kons.) mit 281 von 452 abgegebenen Stimmen gewählt.

* München, 16. Okt. Der Prinzregent genehmigte auf Antrag des Ministeriums des Innern die Einbringung eines Antrages bei dem Bundesrathe, nach welchem den Landesregierungen die Ermächtigung ertheilt werden soll, Schlachtvieh aus Oesterreich-Ungarn in größere mit Schlachthöfen versehene Städte einzuführen. Die Einbringung des bezüglichen Antrages beim Bundesrathe soll sofort erfolgen.

* Friedrichshafen, 16. Okt. Der König ist heute vormittag zu vierzehntägigem Aufenthalt nach Urbenhausen abgereist. Die Königin verläßt Friedrichshafen morgen und kehrt direkt nach Stuttgart zurück.

*, Kiel, 16. Okt. Der kommandirende Admiral Freiherr v. d. Goltz ist hier eingetroffen und besichtigte heute vormittag die Marineakademie und das Torpedoschulschiff „Blücher."

* Berlin, 16. Okt. Das Kreuzergeschwader, bestehend aus S. M. Schiffen „Leipzig", „Alexandrine" und „Sophie", Geschwaderchef Contre-Admiral Valois, beabsichtigt am 18. d. von Sydney aus nach Jervis-Bay in See zu gehen.

Ausland.

Schweiz. An den gestrigen Verständigungskonferenzen zwischen den Delegirten beider Parteien aus dem Tessin nahmen außer den 17 tessiner Delegirten auch die Bundesräthe Ruchonnet, Hammer und Droz theil. Den Vorsitz führt der Bundesrath Ruchonnet. In der ersten Sitzung am Vormittag wurde die Frage, ob der Verfassungsrath nach den jetzigen oder nach den früheren Wahlkreisen zu wählen sei, erörtert. Eine Verständigung ist noch nicht erzielt.

Frankreich. Am Mittwoch abend fand im 5. pariser Arrondissement eine Wählerversammlung statt, um von Naquet Erklärungen entgegenzunehmen. Naquet behauptet, nichts von den drei Millionen der Herzogin d'Uzès zu wissen, wohl aber sei ihm bekannt, daß die Monarchisten 1,300,000 Frcs. zu Gunsten des Boulangismus geopfert hätten. Er bekennt sich noch zu derselben revolutionären Gesinnung, die er früher gehegt habe, er sei noch in demselben Sinne Revisionist. Die Majorität der Versammlung ertheilte schließlich Naquet ein Vertrauensvotum und forderte ihn auf, sein Mandat zu behalten.

Der Finanzminister Rouvier theilte Donnerstag nachmittag der Budgetkommission der Kammer gemäß Entscheidung des am Morgen stattgehabten Ministerrathes mit, daß neue Ersparnisse im Budget nicht angängig seien. Die Kommission beschloß trotzdem eine neuerliche Prüfung des Ausgabe-Budgets, um noch weitere Ersparungen zu versuchen.

Nach einem Berichte der „France" über die Fahrt O'Brien's und Dillon's nach Frankreich schifften sich die beiden am vorigen Freitag auf einer Segel-Yacht ein, lagen aber am zweiten Tage wegen Windstille fest, sodaß ihnen schließlich das Wasser mangelte; gestern langten sie endlich in Cherbourg an und trafen heute vormittag ganz erschöpft in Paris ein. Am Sonnabend beabsichtigen sie die Reise über Havre nach Amerika anzutreten.

Einer Meldung der „Liberté" zufolge wird die Regierung, falls bei Zusammentritt der Kammern der Schlußbericht der Budgetkommission noch nicht vollendet wäre, verlangen, daß die Kammer sich bis Donnerstag vertage.

Der Präsident Carnot empfing die Mitglieder des Amerikanisten-Kongresses.

Die streikenden Bergleute von Firminy einigten sich zu dem Beschlusse, daß während der Dauer des Streikes 45 von ihnen täglich behufs Erhaltung der Gallerien in die Schächte einfahren.

Aus Paris schreibt man uns: Ein diplomatischer Zwischenfall beschäftigt lebhaft Herrn Ribot. In Smyrna hat nämlich die ottomanische Polizei allen Verwahrungen des Konsulats zum Trotz auf einem Dampfer der Marseillaiser Compagnie „Freycinet" eine Durchsuchung vorgenommen und zwei armenische Passagiere, Namens Mardisnian und Tumadjanian, verhaftet. Graf Montholon ist deswegen bereits in Yildiz Kiosk vorstellig geworden. Ueberhaupt verschärfen sich dort die Verfolgungen der Armenier immer mehr. In Pera wurde sogar ein Envoyé extraordinair des Schah von Persien, der Armenier Antonkhan, als Aufrührer in Ketten gelegt, und nur der entschiedenen Intervention Mohsin Khans hatte er es zu danken, wenn er gegen Bürgschaft freigelassen wurde. Die türkischen Gefängnisse vermögen die Zahl der politischen Gefangenen gar nicht mehr zu fassen.

Portugal. In der Deputirtenkammer verlas der Ministerpräsident eine ministerielle Erklärung über die englisch-portugiesischen Streitigkeiten. Dieselbe besagt, die Regierung könne dem Parlament nicht die Genehmigung der Konvention vom 20. August anempfehlen, wolle jedoch die Ausführung der bereits der parlamentarischen Genehmigung unterbreitet gewesenen Klausel nicht verhindern. Die Regierung werde gern Aenderungen in dem Uebereinkommen acceptiren, welche die Würde und die Interessen der Nation wahren und dazu angethan seien, das Einvernehmen zwischen Portugal und seinen früheren Verbündeten wieder herzustellen, aber die Regierung wisse noch nichts von Vorgängen, welche an der Mündung des Sambesi stattgefunden haben sollen. Eine billige Einigung hierüber würde auch nicht schwierig sein, was die Regierung von Herzen wünsche. Die Erklärung bespricht sodann die finanziellen Fragen und führt aus, daß sie den öffentlichen Kredit befestigen werde durch Einführung einer sparsamen Finanzpolitik. — Die Erklärung wurde von den Konservativen und den Progressisten mit Wohlwollen aufgenommen.

In der Pairskammer verlas der Ministerpräsident die gleiche Erklärung, welche auch hier seitens der Parteiführer eine zustimmende Aufnahme fand. In einer sodann folgenden gemeinsamen Sitzung der Cortes verlas der Präsident der Pairskammer ein Dekret, durch welches die Session geschlossen wird. Die Eröffnung der nächsten ordentlichen Session ist auf den 2. Januar anberaumt.

Rußland. Eine moskauer Reuter-Depesche bringt nachträglich eine Mittheilung über einen Zwischenfall am Schlusse der Manöver in Volhynien, deren Glaubwürdigkeit zunächst dahingestellt bleiben muß. Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch, der Onkel des Kaisers, welcher lange an einer Geisteskrankheit gelitten, jedoch als Feldmarschall das Oberkommando bei den Manövern führte, wurde am letzten Tage der Operationen plötzlich von vollkommener Geistesstörung befallen. Es folgten herzzerreißende Scenen, welche auf alle Augenzeugen den tiefsten Eindruck hervorbrachten. Der unglückliche Fürst wurde unter strengstem Incognito zum Stabe des Generals Martinoff in die Don'schen Steppen gebracht. Mehrere Aerzte sind ihm beigegeben, alle jedoch erklären seinen Zustand für hoffnungslos. Der Großfürst, welcher im 60. Lebensjahre steht, war bekanntlich im 1877er Kriege Oberkommandirender. Das kaiserliche Reskript, welches nach Schluß der Manöver die Haltung der Truppen belobte, war nur zur Wahrung des Scheines an den Großfürsten Nikolaus gerichtet.

Türkei. Die „Agence de Constantinople" meldet, daß am Mittwoch alle griechischen Kirchen im ganzen Reiche infolge einer bezüglichen Anordnung des Patriarchats geschlossen waren. Diese Maßregel werde mit den zwischen der Pforte und dem Patriarchate bestehenden Differenzen in Verbindung gebracht.

Englische Blätter vom Schlage der „Daily News" schildern die muselmanischen Gräuelthaten gegen die Armenier in den grellsten Farben. Die „Voss. Ztg." erhält wieder folgende Mittheilungen, deren Gegensatz zu den offiziösen Berichten der türkischen Blätter in die Augen fällt:

Drahtmeldungen aus Konstantinopel zufolge werden fortgesetzt zahlreiche Armenier verhaftet. Viele Gefangene werden grausam behandelt, zuweilen gefoltert. Der junge Armenier, welcher versuchte, den Expriester Kumkaper in der Kathedrale zu ermorden, starb im Gefängniß an den Folgen der Folter. Da entdeckt worden ist, daß vier in Konstantinopel ansässig gewesene armenisch-russische Unterthanen Häupter der armenischen revolutionären Ausschüsse gewesen sind, beabsichtigt die Pforte eine Note nach Petersburg zu senden, in welcher deren Auslieferung gefordert wird. Aus Armenien wird unter anderen Ausschreitungen die Entführung von vier erst kürzlich verheiratheten armenischen Frauen gemeldet.

Serbien. Aus Belgrad meldet man der Köln. Ztg.: Gegenwärtig besteht in einem Theile der radikalen Partei die ernsthafte Absicht, die Angelegenheit des serbischen Königshauses in der nächsten Session der Volksvertretung zur Sprache zu bringen und sowohl die dem Exkönige wie auch die der Königin-Mutter verfassungs- und gesetzmäßig zustehenden Rechte genauer zu umschreiben. Man giebt zu, daß der Königin-Mutter unmöglich das Recht, mit ihrem Sohne zu verkehren, auf die Dauer entzogen werden könne, meint aber, daß ihr wie ihrem Gemahl die Möglichkeit zu nehmen sei, auf den Gang der politischen Ereignisse im Lande Einfluß auszuüben.

Kleinere telegraphische Mittheilungen.

* Southampton, 16. Okt. Die deutschen Panzerschiffe „Kaiser," „Preußen," „Friedrich Karl" und der Aviso „Pfeil" sind gestern unter dem Kommando des Contreadmirals Schröder auf der hiesigen Rhede eingetroffen und verbleiben hier bis Montag. Contreadmiral Schröder stattete die üblichen amtlichen Besuche ab und empfing später den Besuch des Kapitäns Hastings und der Offiziere des englischen Panzerschiffes „Invercible."

Der sozialdemokratische Kongreß.

IX. Halle, 16. Okt.

Die Nachmittagssitzung leitet Abg. Singer. Unter großer Heiterkeit der Versammlung theilt derselbe mit, daß neben einer großen Anzahl von Telegrammen aus allen Theilen des Reichs auch eine lange Zuschrift von der Heilsarmee aus London eingegangen sei.

Zur Berichterstattung über: „Die Stellung der Partei zu Streiks und Boykotts" ergreift das Wort

Abg. Kloß-Stuttgart: Genossen! Obwohl die Stellung der Partei wiederholt durch Schrift und Wort zur Kenntniß der Allgemeinheit gebracht wurde, dürfte es doch zweckmäßig sein, daß die Partei einmal in ihrem obersten Organe, dem Parteitage, Stellung zu der Frage nimmt.

Um die Frage zu entscheiden, ob Streiks und Boykotts überhaupt berechtigt sind, müssen wir einen kurzen Blick auf unsere gewerblichen Verhältnisse werfen; das wird uns lehren, ob die Streiks durch unsere Produktion geradezu hervorgerufen werden oder ob sie wirklich nur das Werk von Hetzern sind.

Bei einem Kaufvertrage setzt der Verkäufer den Preis seiner Waare fest. Auch der Arbeitsvertrag ist ein Kaufvertrag, denn der Arbeiter verkauft dem Unternehmer seine Arbeitskraft — aber wie ganz anders ist es hier! Wir finden hier, daß die Unternehmer sich anmaßen, nicht nur die Arbeit nach Qualität und Quantität zu bestimmen, sondern daß sie außerdem auch noch den Preis für die Waare festsetzen, unbekümmert darum, ob der Verkäufer der Waare damit einverstanden ist und seine Rechnung dabei findet. In einer halbwegs gesunden Gesellschaft müßte es so sein, daß die Gesellschaft die Erhaltung aller ihrer Glieder bestreitet, während alle Glieder der Gesellschaft ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen. In unserem heutigen Gesellschaftszustande ist es freilich anders, weil die heutige Gesellschaft nicht die Verpflichtung übernimmt, für alle ihre Glieder zu sorgen; denn wenn sie diese Verpflichtung übernehmen wollte, so würde sie nicht nur die arbeitskräftigen Glieder erhalten, sie würde auch für ausreichenden Unterhalt der Kinder sorgen müssen, um auch aus diesen arbeitskräftige Glieder zu machen. Wie steht es nun in der heutigen Gesellschaft? Wenn wir die Arbeit des Einzelnen als Leistung an die Gesellschaft betrachten, so müssen wir den Lohn als die Leistung der Gesellschaft ihm gegenüber betrachten. Der Lohn sollte derart beschaffen sein, daß davon so viele Glieder erhalten werden können, als Glieder auf jedes arbeitskräftige Glied entfallen. Daß dem nicht so ist, glaube ich Ihnen nicht erst auseinanderlegen zu müssen. Es wird jetzt wenig Arbeiter geben, die sagen könnten, daß sie mit ihrem Lohne sich selbst, Frau und Kinder ernähren können und daß der Lohn auch auch ausreicht, um einer andern moralischen Verpflichtung nachzukommen — nämlich diejenigen, die im Dienste der Gesellschaft ihre Arbeitskraft eingebüßt haben, also Greise zu erhalten. Und sind etwa Einrichtungen getroffen, diesen Ausfall an Lohn zu ersetzen? Es ist allerdings in letzter Zeit eine Einrichtung getroffen, die der moralischen Verpflichtung der Gesellschaft nachkommen sollte, ich meine die „Krone" der Sozialreform, das Alters- und Invaliditätsgesetz. Sehen wir uns aber die Rente an, die den Veteranen gezahlt wird, so finden wir sofort, daß auch diese Einrichtung vollständig unzulänglich ist. Woher kommt es denn nun, daß die Löhne so niedrig sind? Einfach daher, weil der Unternehmer zwar die Arbeitskraft abnimmt, aber nicht gleichzeitig die Verpflichtungen der Gesellschaft uns gegenüber übernimmt. Kauft der Unternehmer eine Maschine, so weiß er, er muß Kapital hineinstecken, er muß sie mit Dampf versorgen — wie ganz anders sieht es aber mit der menschlichen Arbeitskraft aus! Der Unternehmer weiß, was er der maschinellen oder der thierischen Arbeitskraft gegenüber schuldig ist, denn beide repräsentiren für ihn ein Kapital — die menschliche Arbeitskraft dagegen findet er jeden Augenblick auf der Straße. Aber nicht genug damit, daß er sich im allgemeinen nicht darum kümmert — wenn ihm der Lohn einmal zu hoch erscheint oder er genöthigt ist, an dem Preise herabzusetzen, dann wird das in allererster Linie an dem Lohne des Arbeiters abgezwackt. Wenn aber die Verhältnisse sich so weit verschlimmert haben, daß der Arbeiter mit dem Lohne, der ihm gezahlt wird, nicht auskommen kann — was bleibt ihm dann übrig, als den Versuch zu machen, durch den Zwang der Streiks auf den Unternehmer einzuwirken, um einen besseren Lohn zu erzwingen? Oder wenn der Lohn reduzirt werden soll — was bleibt ihm da übrig als sich zu weigern, seine Arbeitskraft für den neuen geringeren Lohn her-

---

Twesten zur Ordnung zu rufen, da erklärte der Präsident Grabow: „Ich muß bemerken, daß ich keine Veranlassung gefunden habe, den Abgeordneten Twesten zur Ordnung zu rufen. (Lebhafter Beifall.) Möglich wäre es dem Redner vielleicht gewesen, einzelne mildernde Ausdrücke zu finden, aber einen Ordnungsruf zu erlassen, nein, dazu fühlte ich mich von dieser Stelle aus nicht berufen." (Lauter, lebhafter Beifall.) Und während der Präsident nicht einmal einen Ordnungsruf für gerechtfertigt erachtete, entschied sich später das preußische Obertribunal sogar für die Zulässigkeit der Anklage. Twesten wurde trotz Artikel 84 der preußischen Verfassung, nachdem durch Obertribunalsbeschluß die Vernichtung der beiden freisprechenden Erkenntnisse erfolgt war, schließlich zu einer Geldstrafe von 300 Thalern verurtheilt. Damit war die gerichtliche Prozedur beendet. Als Twesten den Obertribunalsbeschluß, welcher die Kriminaluntersuchung wider ihn angeordnet hatte, unerschrocken im Parlamente einer Besprechung unterzog, wurde auf Beschluß des Obertribunals noch das Disziplinarverfahren eingeleitet. Aber Twesten kam den Herren Oberrichtern zuvor. Anders wie einst Waldeck, der sich durch keine Chikanen verdrängen ließ, schied er freiwillig aus seinem Amte, nicht verbittert, sondern mit der Ruhe des Bewußtseins, daß er seine amtliche Stellung im Dienste für das Gemeinwohl zum Opfer gebracht. — Fortan gehört sein Leben — es waren leider nur noch 2½ Jahre — ganz der parlamentarischen Thätigkeit. Wie er beim Eintritt ins Abgeordnetenhaus Mitbegründer der Fortschrittspartei wurde, welche der Freiherr v. Vincke einst spottend das „Fraktionchen Junglithauen" genannt, so zählt er auch zu den Begründern der nationalliberalen Partei. Fast überall hat er Antheil an den ersprießlichen Arbeiten der Parlamente. In kaum 9 Jahren, welche erstaunliche Fülle von Leistungen! Als Referent behandelte er die heterogensten Dinge mit gleicher Meisterschaft. Ueberall zeigt sich der gewaltige Geist, mochte er über die Heeresrüstung sprechen, über die kleinen Einzelheiten des Militärdienstes und die großen Aufgaben der Landesvertheidigung, die umfangreichen Zahlen und die vielseitigen Posten der Staatswirthschaft, die Grenzen der Kunstpflege durch den Staat, die Bedürfnisse des niederen, die Ansprüche des höchsten Unterrichts, die verwickelten Fragen des öffentlichen Rechts, die Grundzüge der Finanzverwaltung — auf allen diesen unter einander fernen Gebieten finden wir die Spuren seines Geistes, erkennen wir die Mühen eindringender Vorarbeit, schöpfen wir Belehrung von der kenntnißreichen Behandlung des Stoffes." Ein zarter Körper umschließ ihn. Jede anstrengende Thätigkeit hatte stets unausbleiblich eine Krankheit im Gefolge. Im Hause der hochbetagten Eltern, unter ihrer und der Schwester liebevoller Pflege, erholte sich Twesten aber immer so weit, um die parlamentarische Thätigkeit, mit der solche Folgen für ihn verknüpft waren, wieder aufzunehmen. Ein erhebendes Bild, wie dieser gewaltige Geist mit dem siechen Körper kämpft und, so oft er ihn bezwingt, rastlos wirkt und schafft. Mit vollkommener Voraussicht rieb sich Twesten im Dienste seines Volkes auf. Nur 50 Jahre waren diesem segensreichen Leben beschieden. Als Mitglied des Reichstags des Norddeutschen Bundes hat er noch mitgebaut an dem Fundament des zukünftigen Deutschen Reiches, dessen Wiedergeburt hat er aber nicht mehr erlebt. Die deutsche Siegesfanfare schmetterte ihre Jubeltöne in das Krankenzimmer. Bis zum letzten Athemzuge bei klarem Bewußtsein hörte er in freudiger Erregung von den Siegeszügen unserer Heere in Frankreich. Wie tausend tapfere Krieger auf fremdem Boden bei der Vertheidigung des Vaterlandes, so starb Karl Twesten im heimischen Kampfe für Freiheit und Recht, im Streite für die höchsten Güter des Volkes.

Der Dreifaltigkeitskirchhof in Berlin birgt die sterbliche Hülle Twestens. Sein Leichenstein sollte die Aufschrift tragen: „Er war ein Mann, nehmt alles nur in allem."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18901018019/fragment/page=0002

zugeben? Einen solchen Abwehrstreik wird wohl jedermann ohne weiteres als gerechtfertigt anerkennen müssen. Aber nicht nur diesen Abwehrstreik müssen wir als berechtigt anerkennen. Wenn sich die Verhältnisse aus irgend welchen Gründen verschlechtern, wenn z. B. durch Zollschranken dem Volke die Nahrungsmittel vertheuert werden — wer wollte es dem Arbeiter verargen, wenn er dann versucht, seine Lage etwas zu verbessern, indem er höhere Löhne verlangt? Wir wissen, daß die gegnerische Presse jederzeit bereit ist, uns das Sparen anzuempfehlen, uns den Rath zu geben, unsere Bedürfnisse einzuschränken. Die Leute bedenken aber das eine nicht: wollten wir wirklich zu jener Bedürfnißlosigkeit zurückkehren, die uns anempfohlen wird, dann würde die Gesellschaft in kürzester Zeit in sich zusammenbrechen, weil dann die ganze maschinelle und kapitalistische Produktion nicht mehr aufrecht erhalten werden könnte. Man sagt, der Arbeiter solle sich nach der Decke strecken, damit er die Füße bedecken kann. Ebenso gut könnte man einem jungen Manne mit 20 Jahren empfehlen, er solle sich unter der Decke strecken, die vielleicht in seinem 10. Lebensjahre seiner Körperlänge entsprechend war, damit ihm die Füße nicht unbedeckt bleiben — er wird sich niemals darin behaglich befinden. Statt das Strecken nach der Decke zu empfehlen, sollte man doch lieber die Decke der Körperlänge entsprechend machen! Das beabsichtigen aber gerade die Arbeiter, indem sie ihre Lohnverhältnisse zu bessern suchen, um die Lohndecke den Verhältnissen entsprechend einrichten zu können.

Wenn nun aber alle Vorstellungen der Arbeiter, daß der Lohn nicht ausreicht, daß die Werkstatt ungesund ist, daß keine genügende Ventilation vorhanden ist, ungehört verhallen — was bleibt dann dem Arbeiter übrig, als sein Heil darin zu suchen, daß er seinem Wunsche zum Durchbruch zu verhelfen sucht, indem er sich mit seinen Berufsgenossen vereinigt, um bessere Verhältnisse herbeizuführen? Wir sehen also, daß unter solchen Umständen nicht nur der Abwehr-, sondern auch der Angriffsstreik gerechtfertigt ist. Dasselbe gilt auch vom Boykott. Wenn die Arbeiter sich in der Ausübung ihrer Rechte beschränkt sehen, was bleibt ihnen dann übrig als zu sehen, auf welche Weise sie einen Druck auf den Betreffenden ausüben können?

Nun haben wir es freilich nicht allein mit der principiellen Seite der Frage zu thun, wir werden auch die taktische Seite in den Bereich unserer Verhandlungen ziehen müssen. Und hierzu giebt uns Veranlassung das Ueberhandnehmen von Streiks in den letzten Jahren, die zum größten Theile unglücklich abgelaufen sind. Der Streik ist eine zweischneidige Waffe, die leicht den verletzen kann, der sie zu seiner Vertheidigung brauchen will. Was kann also gethan werden, um dem Ueberhandnehmen, um dem unvorsichtigen Inszeniren von Streiks entgegenzutreten? Es sind in den letzten Jahren viele Streiks von Arbeitern inszenirt worden, die noch gar nicht organisirt waren oder die sich erst zum Zwecke des Streiks organisirten. Die Arbeiter haben zu lange im Indifferentismus gelebt; sie haben sich der Organisation fern gehalten. Erst als sie aufgeklärt wurden, erwachten sie aus ihrem Schlummer und glaubten nun nichts Besseres thun zu können, als sofort in einen Streik einzutreten. Das dürfte wohl die Hauptursache sein, weshalb die meisten Streiks unglücklich verliefen. Weiter muß allerdings auch darauf hingewiesen werden, daß das Verhalten der Behörden gegenüber den Streikenden nur allzuoft ein Hemmschuh gewesen ist, daß durch die Behörden die Organisation verhindert war, ihre ganze Kraft zu entfalten, wogegen den Organisationen der Unternehmer der Schutz der Behörden in Aussicht gestellt war und wohl auch thatsächlich zutheil wurde. Aber auch andere Verhältnisse haben hier eingewirkt; oft waren gleichzeitig an 5 bis 6 Orten Streiks inszenirt und daß es unter solchen Umständen sehr schwer war, jeden Zuzug fernzuhalten, das liegt auf der Hand.

Aber deshalb wollen wir keineswegs sagen, daß die Streiks absolut verwerflich seien, im Gegenteil, wir müssen sie prinzipiell anerkennen. Aber wir müssen uns nur dahin einigen, daß wir die Taktik wesentlich ändern, daß wir der Vorbedingung für eine glückliche Durchführung der Streiks schaffen.

Wie aber können wir das durchführen und wie ist es zu vereinbaren, daß diese Frage hier auf dem Kongreß erörtert wird? Mit Bezug auf die letztere Frage möchte ich darauf hinweisen, daß seit Jahren die Genossen, die schon länger in der Parteibewegung standen, sich weit erhaben fühlten über die fachgewerbliche Organisation — sie haben sie vielfach gar als Humbug bezeichnet, und ich wage es zu behaupten, daß gerade dadurch das Wachsthum der Partei sehr aufgehalten worden ist. Deshalb müssen wir uns hier auf dem Parteikongreß darüber schlüssig werden, ob wir uns nach wie vor der fachgewerblichen Organisation gegenüber passiv verhalten wollen, oder ob wir uns klar darüber werden, daß es nothwendig ist, um uns vor Verlusten durch erfolglose Streiks zu schützen, und um die Streiks, die wir prinzipiell anerkennen, wirksam zu machen, daß die Massen der Arbeiter sich erst organisiren. Hat die Organisation genügende Vorbereitungen gefunden, dann erst kann mit Streiks und Boykotts erfolgreich vorgegangen werden.

Nun entsteht die Frage: wenn wir uns einer fachgewerblichen Organisation anschließen, soll es denn die lokale oder soll es die centrale sein? Gegen die letztere wendet man ein, daß sie keine Politik treiben dürfe. Aber das ist auch gar nicht nötig, und wir wissen, wie auch die lokalen Organisationen mit Argusaugen bewacht werden. Angesichts der neuen Aera, wo gerade die Vereinsgesetzgebung sehr straff gehandhabt wird, werden auch die lokalen Organisationen wenig Politik treiben können. Aber darum handelt sichs auch nicht — es handelt sich darum, die Organisation in immer weitere Kreise zu tragen und daran hat eine centrale Organisation viel mehr Interesse als die lokale. Und sie wird nicht nur geneigt sein, für die Ausbreitung dieser Organisationen Opfer zu bringen — sie ist auch in der Lage dazu. Allerdings hat man diesen centralen Organisationen auch das Leben recht sauer gemacht — man wollte sie sogar als Versicherungsgesellschaften betrachten. Da meine ich nun, sollten die Genossen darauf hinwirken, daß diese Organisationen, die ihre Interesse vertreten unterstützt und verbreitet — nicht aber, wie das leider auch schon geschehen ist, bekämpft werden. Wenn Sie unser Partei-Interesse fördern wollen, so können Sie das am besten, wenn Sie unter den Arbeitern für unsre fachgewerbliche Organisation Propaganda machen. Und dann werden wir auch bald dem Uebelstande ein Ende machen, daß wir den Streik als eine so zweischneidige, gefährliche Waffe betrachten müssen. Die Partei hat bis heute zur fachgewerblichen Organisation noch nicht Stellung genommen, ich halte es für durchaus nothwendig und erlaube mir daher folgende Resolution vorzuschlagen:

„Der Parteitag erklärt: unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen und bei dem Bestreben der herrschenden Klassen, die politischen Rechte und die wirthschaftliche Lage der Arbeiter immer tiefer herabzudrücken, sind Streiks, wie auch Boykotts eine unumgängliche Waffe für die Arbeiterklasse; einmal um die auf ihre materielle oder politische Schädigung gerichteten Bestrebungen ihrer Gegner zurückzuweisen, dann aber auch um ihre soziale und politische Lage nach Möglichkeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verbessern. Da aber Streiks und Boykotts zweischneidige Waffen sind, die, am unrechten Orte oder zur unrechten Zeit angewendet, die Interessen der Arbeiterklasse mehr schadigen als fordern können, empfiehlt der Parteitag den deutschen Arbeitern sorgfältige Erwägung der Umstände, unter denen sie von diesen Waffen Gebrauch machen wollen. Insbesondere betrachtet es der Parteitag als eine zwingende Nothwendigkeit, daß die Arbeiterklasse zur Förderung solcher Kämpfe sich gewerkschaftlich organisirt, und zwar möglichst in centralistischen Verbänden, um sowohl durch die Wucht der Zahlen, wie die Wucht der materiellen Mittel, und nach sorgfältig getroffenen Erwägungen den beabsichtigten Zweck möglichst vollkommen erreichen zu können.

Der Parteitag, von dieser Auffassung ausgehend, empfiehlt allen Parteigenossen kräftige Unterstützung der gewerkschaftlichen Bestrebungen. Zugleich protestirt der Parteitag gegen die erneuten Versuche der Regierungen und der Unternehmerklasse, den in Deutschland vorhandenen Rest des Koalitionsrechtes durch die reaktionären Bestimmungen in der Novelle zur Gewerbeordnung vollends zu vernichten und beauftragt die parlamentarische Vertretung der Partei, diese Versuche mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen und dafür einzutreten, daß volle Koalitions- und Vereinigungsfreiheit, diese Grundlage für die Kämpfe der Arbeiterklasse zur Erreichung besserer Existenzbedingungen erreicht wird."

In der sich an den Vortrag anschließenden Diskussion ergreift zunächst das Wort

Abg. Bock (Gotha): Ich erkläre mich im allgemeinen mit dem Referenten einverstanden, allein die ganze Gewerkschaftsbewegung würde eine arge Schädigung erfahren, wenn man von jedem Gewerkschaftsmitgliede fordern wollte, daß dasselbe sich der Partei anschließen müsse. Sache der Leiter der Gewerkschaftsbewegung ist es, dafür zu sorgen, daß die Bewegung nicht versumpft und daß die Gewerkschaftsmitglieder schließlich der Partei zugeführt werden. Die Gewerkschaftspresse kann im übrigen auch sehr viel thun, daß die Mitglieder nicht bei den Gewerkschaftsbestrebungen allein stehen bleiben.

Lenz-Nienscheid: Ich muß bemerken, daß wir ganz besonders dafür wirken müssen, daß übereilte Streiks mit unvernünftigen Forderungen unterbleiben. So sind z. B. die Streiks der Bauarbeiter in Berlin nicht bloß zum Schaden der Streikenden ausgefallen, sie haben auch der Gesammtpartei geschadet.

Gen. Horn: Es sei unmöglich, daß der Parteitag sich mit den Ausführungen des Vorredners einverstanden erklären könne; die Bauhandwerker in Berlin und Hamburg seien jedenfalls durch die Verhältnisse gezwungen gewesen, zum Streik zu greifen.

Auch Abg. Molkenbuhr meint, er könne sich mit den Ausführungen des Gen. Lenz absolut nicht einverstanden erklären. Die Arbeiter haben doch das Recht, ihre Waare, d. i. ihre Arbeitskraft, möglichst theuer zu verkaufen. Zu verurtheilen ist es, durch Boykotts Leute zwingen zu wollen, sich der Sozialdemokratie anzuschließen — dadurch schafft man nur Heuchler.

Geyer (Leipzig): Wir können unsere Ziele viel leichter erreichen, wenn wir eine besser situirte Arbeiterwelt hinter uns stehen haben, und das können wir nur erreichen durch eine straffe gewerkschaftliche Organisation. Und deshalb empfehle ich Ihnen die Resolution, namentlich in ihrem zweiten Theile. Leider giebt es noch Genossen, die der gewerkschaftlichen Organisation noch fremd gegenüberstehen, ja sie sogar bekämpfen. Durch Annahme der Resolution wird das zweifellos besser werden.

Vors. Singer: Es ist eine zweite Resolution von Glocke und Genossen eingelaufen. Dieselbe hat folgenden Wortlaut:

„In Erwägung, daß infolge unserer kapitalistischen Produktionsweise der ökonomische Kampf zwischen Arbeit und Kapital immer schärfere Formen annimmt, und angesichts der ablehnenden Haltung der Regierungen gegenüber den von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Arbeiterschutzgesetzen, ist es eine Nothwendigkeit, diesen Kampf seitens der Arbeiter zu organisiren. Die geeignetste Form dieser Organisation ist die gewerkschaftliche. Der Parteitag ersucht deshalb die Parteigenossen, allerorts den bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen sich anzuschließen und, wo solche nicht vorhanden sind, sie ins Leben zu rufen."

Zubeil (Berlin) empfiehlt die Unterstützung der Arbeiterinnenbewegung und protestirt in erregten Worten gegen die vorher gefallenen Aeußerungen, die hamburger und berliner Streiks seien „übereilte" gewesen und hätten „unvernünftige Forderungen" gestellt.

Die Ausführungen des folgenden Redners, Gen. Harburg (Potsdam) bleiben am Berichterstattertische vollkommen unverständlich.

G. Wilke (Braunschweig): Die gewerkschaftliche Organisation hat uns wesentliche Dienste geleistet und wird sie uns ferner leisten. Bei der Frage der formellen Organisation müssen wir auch in Betracht ziehen, wie heute die Vereinsgesetzgebung gehandhabt wird, und nicht auf die Form kommt es an, sondern vielmehr auf den Geist, der die ganze Organisation durchweht. Am wenigsten sind wir jedenfalls Angriffen ausgesetzt, wenn wir uns nur lokal organisiren, wenn wir uns aber gleichzeitig durch die Presse centralisiren. So haben sich z. B. die Töpfergesellen mit vorzüglichem Erfolge organisirt. Noch einmal: Geht nur in den lokalen Organisationen der rechte Geist, dann genügt dieselbe, dann kann sie getrost den Kampf aufnehmen mit dem centralistischen Kapitalismus! Man überlasse es daher jeder einzelnen Gewerkschaft, wie sie sich im einzelnen organisiren will — dagegen ist es moralische Pflicht jedes Genossen, und dem müssen wir hier Ausdruck geben, sich einer gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird hierauf angenommen. Das Schlußwort erhält Abgeordneter Grillenberger: Der Umstand, daß niemand aus der Versammlung einen direkt gegnerischen Standpunkt eingenommen hat, ermöglicht es mir, mich kurz zu fassen. Die Differenzen, die hier zu Tage getreten sind, bezogen sich mehr auf die formelle Organisation, und ich meine, damit haben wir uns hier eigentlich weniger zu befassen. Wir sind kein Gewerkschaftskongreß und wir haben demnach nicht über die zweckmäßigste Form der Organisation zu diskutiren, das wird die Aufgabe der demnächst zusammentretenden Gewerkschaftskonferenz und der wahrscheinlich daraus hervorgehenden Gewerkschaftskongresse sein. Wir haben hier nur die Frage zu entscheiden, ob die Partei befugt ist, zu den Streiks und Boykotts Stellung zu nehmen. Und da habe ich mich in meiner Resolution allerdings auf den Standpunkt gestellt, daß das der Fall ist. Ich leite das daraus her, daß die ökonomischen Kämpfe heute eine ganz andere Gestalt angenommen haben als noch vor wenigen Jahren. Seit das Sozialistengesetz gefallen ist, sind die Herren Unternehmer genöthigt, auch auf dem ökonomischen Kampfgebiete eine veränderte Stellung einzunehmen. Unter dem Sozialisten-Gesetz hatten sie es bequem, mit den Forderungen der Arbeiter auf dem gewerkschaftlichen Gebiete fertig zu werden. Man schlug alles todt, was den Anschein hatte, die Masse auf ökonomischen Gebiete zu organisiren und das Philisterthum in seiner Ruhe zu stören. Und wo das Sozialistengesetz nicht ausreichte, da stand und steht allerdings noch heute die Vereinsgesetzgebung zu Gebote und man griff zu der Waffe, die gewerkschaftlichen Vereine als politische Vereine zu erklären. Und wo auch das noch nicht ausreichte, da erklärte man, daß ein Gewerkschaftsverband, der Wander- und Streikunterstützungen auszahle, eine Versicherungsgesellschaft sei, die auf Grund eines ministeriellen Erlasses in dem betr. Bundesstaate nicht zugelassen sei.

Das Sozialistengesetz ist gefallen und damit ist wenigstens derjenige Anhaltspunkt, der dem Unternehmer die gewichtigste Waffe in die Hand gab, nicht mehr vorhanden; man kann nicht mehr derartige Organisationen durch einen Federstrich aus der Welt schaffen. Deswegen fangen die Unternehmer an, sich zu vereinigen und sich in viel gewichtigerer Weise zu organisiren, als es die Arbeiter seit Jahrzehnten versucht haben, aber nicht in ausreichender Weise durchzusetzen vermochten. Seit Monaten sehen wir allenthalben, wie die Unternehmer centralisirte Verbände errichten, die nicht nur die Angehörigen eines einzelnen Industriezweiges, sondern die ganze Branche im weitesten Umfange umfassen und darauf hinauslaufen, jede Arbeiterbewegung durch die Gewalt des Kapitalismus lahm zu legen und das zu erstehen, was bisher das Sozialistengesetz war. Demgegenüber handelt es sich nicht mehr darum, zu fragen, hat unsre Partei als die politische Organisation der Arbeiter Deutschlands das Recht, zu einer solchen Frage Stellung zu nehmen, sondern es handelt sich um die Frage: Ist es richtig, daß die Partei nicht schon längst dazu Stellung genommen hat? Und ich bin der Ansicht, daß die letztere Frage verneint werden muß. Die Partei vertritt allerdings zunächst die politischen Bestrebungen, nicht minder aber die Zukunftsbestrebungen der Arbeiter auf ökonomischem Gebiete, und unter solchen Umständen meine ich, ist es Pflicht der Partei, dieser Frage gegenüber möglichst klar und unzweideutig Stellung zu nehmen. Es ist allerdings durch die Bosheit der Unternehmerpresse und die Unternehmer selbst vielfach die Behauptung aufgestellt, die streikfördernden Maßregeln der Arbeiter seien nichts anderes als sozialdemokratische Kampfesmittel, die bestimmt seien, Unzufriedenheit zu erregen, um dadurch die Lebenshaltung der Arbeiter zu verschlechtern und die auf diese Weise radikal gewordenen Arbeitermassen der Sozialdemokratie in die Arme zu treiben. Wer die Verhältnisse kennt, der muß sagen, daß das nichts weiter ist als eine boshafte Verdächtigung, daß es der Sozialdemokratie niemals eingefallen ist, die Streiks als Kampfmittel zur Erregung von Unzufriedenheit zu benutzen. Wir haben stets erklärt, Streiks sind zweischneidige Waffen, die nur im äußersten Nothfalle anzuwenden sind. Die Organisirung der Massen ist an sich schon eine Waffe, gewichtig genug, um die Unternehmer in Schach zu halten, so daß es nur in wenigen Fällen nöthig ist, zum letzten Mittel des Streiks zu greifen. Aber wie die Verhältnisse jetzt liegen, ist es nothwendig zu erklären, daß die Streiks von uns nicht unterdrückt werden können, daß sie eine gesellschaftliche Nothwendigkeit geworden sind, und bei dem Uebermut des Unternehmerthums werden die Streiks öfter auf der Bildfläche erscheinen als es uns lieb sein mag. Dasselbe gilt auch vom Boykott; nur dürfte in Bezug auf Anwendung dieses Mittels noch größere Sorgfalt am Platze sein als beim Streik. Den Boykott anzuwenden, wenn es sich darum handelt, Hindernisse zu beseitigen, die dem Arbeiter namentlich bei Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte in den Weg gelegt werden, ich erinnere nur an die Verweigerung von Versammlungslokalen, das ist von vornherein gut zu heißen. Der Boykott kann auch in solchen Fällen gut geheißen werden, wo das Unternehmerthum in besonders brutaler Weise sein Uebergewicht zeigen zu müssen glaubt. Aber ihn in allen Fällen anzuwenden, wo es sich um kleine Differenzen zwischen Unternehmer und Arbeitern handelt, das wäre das Allergefährlichste, was seitens der Partei proklamirt werden könnte. Es ist im Verlaufe der Debatte verschiedentlich über die Ausstände und Streiks infolge des 1. Mai gesprochen worden, und man hat die Funktion mehrfach für den Mißerfolg dieser Demonstration verantwortlich machen wollen. Ich verwerfe Sie auf einen Mißerfolg auf dem Gebiete des Boykotts, wo die Funktion keinerlei Einfluß gehabt hat, es ist der Bier-Boykott, der in Berlin sich abgespielt hat, ein Boykott, von dem allerdings die Parteigenossen außerhalb sich von vornherein gesagt haben, daß er nun und nimmer zu einem glücklichen Ende geführt werden könne, weil es ein Unding ist, die sämmtlichen Aktiengesellschaften, es sind 46, insofern boykottiren zu wollen, daß die Arbeiterklasse aufgefordert wird, dahin zu wirken, daß diese kapitalskräftigen Etablissements ihr Produkt nicht an den Mann bringen könnten und sie dadurch zu zwingen, eine verhältnißmäßig untergeordnete Differenz mit ihren Gehülfen zu Gunsten der letzteren zu regeln. Das war ein Mißerfolg, an dem die Fraktion jedenfalls vollkommen unschuldig ist.

Es kann sich also unter allen Umständen nur darum handeln, anzuerkennen, daß angesichts der Zuspitzung der Klassengegensätze Streiks unvermeidlich sind. Und das anzuerkennen haben wir um so mehr Veranlassung, weil auf der andern Seite die Maßnahmen der Unternehmer von den gesammten politischen Parteien unsrer Gegner unterstützt und als berechtigt hingestellt werden. Mögen die betr. Unternehmer der freisinnigen, der nationalliberalen oder der konservativen Partei angehören — in den Preßorganen aller dieser Parteien finden wir unausgesetzt Hetzereien gegen alle Arbeiterbestrebungen. Wenn also sämmtliche gegnerische Parteien hierin zeigen, daß sie nur eine einzige reaktionäre Masse bilden, so haben wir das Recht und die Pflicht zu erklären, daß Streiks nicht nur nicht zu vermeiden sind, sondern daß sie geradezu eine gesellschaftliche Nothwendigkeit geworden sind, einmal um dem Uebermuth der Unternehmer entgegen zu treten, andrerseits um mittels derselben die Lebensstellung der Arbeiter möglichst zu verbessern. Zum Angriff also und zum Widerstand sind sie da, und das müssen wir als vollauf berechtigt anerkennen. Wenn wir bedenken, wie unsere Gegner, unterstützt von den Behörden, gegen diese Bestrebungen zu Felde ziehen, so müssen wir sagen, daß denselben Kampfesmittel zur Verfügung stehen, die unter Umständen sehr gefährlich werden können; Kampfesmittel, denen wir nichts entgegenzusetzen haben als das Solidaritätsgefühl und das Zusammenfassen der großen Massen. Die schwarzen Listen, die Verrufserklärungen der großen Fabrikanten, die Briefe und Cirkulare, die auf jener Seite täglich versandt werden, alles das sind gefährliche Waffen. Und andererseits hat man neuerdings entdeckt, daß im Gebiete des preußischen Landrechts Streiks, wenn sie ohne Einhaltung der Kündigungsfrist inszenirt werden, als Ungehorsam gegen das Gesetz bestraft werden können, während man nicht gehört hat, daß wenn Arbeitgeber bei Arbeitsstockungen zusammentreten, um für längere Zeit ihre Etablissements zu sperren und die Arbeiter ohne Kündigung auf die Straße zu werfen, ein solches Beginnen bestraft wurde.

Demgegenüber kann es sich heute nicht mehr darum handeln, einer Gewerkschaftsbewegung anzuhängen, die vielfach nichts anderes gewesen ist als Vereinsspielerei. Heute kann es sich nicht mehr darum handeln, Zwerg-Organisation und Centralisationchen zu schaffen, sondern es gilt die Massen zu organisiren, und das muß ganz immense Dimensionen annehmen, um dem Unternehmerthum mit Erfolg entgegentreten zu können. Und auch wenn die Massen zu großen Organisationen zusammengeballt werden, auch dann ist das Unternehmerthum noch im Vortheile, weil es das Geld besitzt. Das einzige, was uns noch unterstützt, das ist der Konkurrenzneid, der in der Regel auf jener Seite die Einheit wieder zerbricht. Mit Recht ist im Laufe der Debatte die Ansicht zurückgewiesen worden, in den großen Städten seien „unberechtigte" und „unvernünftige" Forderungen gegenüber der Provinz gestellt. Die Lebensverhältnisse sind in den großen Städten ganz andere als auf dem Lande und in kleineren Städten. Allerdings war es ein Fehler der Gewerkschaften, daß sie sich fast ausschließlich auf die großen Städte centralisirt haben und daher kommt es, daß man in gewissen Branchen in den großen Städten bereits für den achtstündigen Arbeitstag agitirt, während man in der Provinz noch bis zu 16 Arbeitsstunden in derselben Branche hat. Das ist eine Ungleichheit, welche unbedingt ausgeglichen und für die Zukunft ganz vermieden werden muß.

Ich glaube, alle die Genossen, die hier anwesend sind, sind mit mir der Ueberzeugung, daß der Gewerkschaftsbewegung nicht nur kein Hindernißß in den Weg gelegt werden darf, sondern daß sie zu unterstützen und zu fördern ist, so weit dies nur in unsern Kräften steht. Und darum bitte ich Sie, nicht nur die Resolution anzunehmen, sondern auch danach zu handeln, wenn Sie nach Hause kommen. (Beifall.)

Nachdem beide Resolutionen einstimmig genehmigt sind, schließt der Vorsitzende kurz nach 6 Uhr die Versammlung.

Universitäts-Nachrichten.

* Halle, 17. Okt. Die Kaiserliche Leopoldinisch-Carolinische Deutsche Akademie der Naturforscher ernannte in ihrer Fachsektion für wissenschaftliche Medizin den Staatsrath Dr. Rudolf Kobert, Professor der Pharmakologie, der Diätetik und der Geschichte der Medizin in Dorpat, zu ihrem Mitgliede. Derselbe war früher Hilfsarzt der Francke'schen Stiftungen hier und dann drei Jahre Assistent der Medizinischen und Poliklinik unter Geh. Rath Prof. Dr. Weber.

Gerichtsverhandlungen.

* Halle, 17. Okt. In gestriger Sitzung der dritten Strafkammer des kgl. Landgerichts wurde u. a. folgendes verhandelt: Einer jener nächtlichen Vorgänge, bei denen die Polizeibeamten auf der Streife nach gefährlichem Gesindel nicht selten Gewaltthätigkeiten ausgesetzt sind, lag der Sache des 32jährigen Arbeiters Wilhelm Kloppe und des 20jährigen Arbeiters

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18901018019/fragment/page=0003

Grösste Auswahl in Damen-Mänteln.

Kurze Jaquettes
in reizenden Schnitten aus Cheviot, Tuch, Astrachan etc.
von 5 Mk. bis 30 Mk.

Lange Winter-Paletots
in größter Reichhaltigkeit aus Corkscrew, Diagonal, Cheviot etc.
von 7 Mk. bis 50 Mk.

Kurze Visites
in den neuesten Façons aus Astrachan, Matelassé, Plüsch etc.
von 17 Mk. bis 100 Mk.

Lange Winter-Dolman's
in reichen Ausführungen aus Fantasie-Tuch, Astrachan etc.
von 16 Mk. bis 150 Mk.

Winter-Rad- und Abend-Mäntel in sehr schönen wolligen Fantasie-, hell- und dunkel-einfarbigen Stoffen mit Stepp- und angewebtem Futter **von 10 Mark an.**

Halle a. S. Markt 24. **Julius Valentin.** Halle a. S. Markt 24.

Billigste Bezugsquelle für Kleiderstoffe und Mäntel.

Wiener Handschuh-Lager
Lina Sauerbier,
Geiststraße 57,
vis-à-vis der Adlerapotheke.

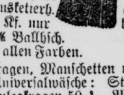
empfiehlt ihr reichsortirt. Lager aller Sorten Handschuh zu bekannt billigst. Preisen. Farbige Damenh., Glacee 3 u. 4 Kf. nur 1,50, Extra-Qualität 4 Kf. mit Nap. 2 u. 2,50 ℳ

Hundeleder, unzerreißbar, 4 Kf. nur 2,50 ff Lammleder 6 u. 8 Kf. 2,75, 10 Kf. 3 ℳ Musketerh. 16 Kf. nur 4 ℳ Ballsch. in allen Farben.

Winterhandschuh, Trikot, reine Wolle 50, 75 ₰, 1 ℳ Gefütterte Glaceehschuh 2,50 u. 3 ℳ Pelzh. 3,50 ℳ

Ringwoods 1 ℳ Wildlederh. von 1,50 ℳ an. Tägl. Eingang v. Neuheiten in Cravatten, engl. Fabrikat, zu billigst. Preisen in bekannt reichster Auswahl.

Kragen, Manschetten und Oberhemden Universalwäsche: Stehkragen 40 ₰, Umlegkragen 50 ₰, Manschetten 75 ₰, Chemisettes 75 ₰ u. 1 ℳ Engl. u. französ. **Parfüms.** Chem. Handschuhwäsche à Paar 15 ₰ Färberei vorzüglich nur schwarz 25 ₰



Wer sich e. solch. Wehl'schen Heiß. Badestuhl kauft, kann sich m. 5 Rub. Wass. u. 1 Ko. Kohl. tägl. warm baden. Jeder der dies liest verl. p. Postk. d. auf. ill. Preisc. grat. R. Wehl, Berlin W. Mauerstr. 1.
Francozusendung — Theilzahlung.

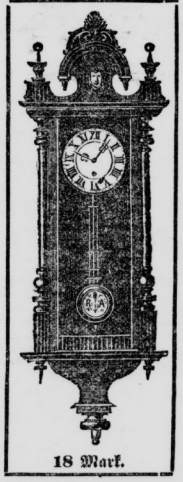
Prachtstück.
Ein hochelegantes **Pianino,** noch neu, von Feurich-Leipzig gebaut, verkauft außergewöhnlich billig
B. Döll, Georgstraße 6, II.

Migräne-Stifte
aus reinem Menthol empfiehlt
M. Waltsgott.

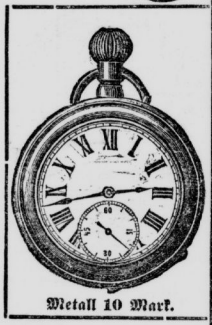
Paul Maseberg

Uhrmacher
Große Ulrichstraße 46
empfiehlt

Silber 18 Mark.



18 Mark.



Metall 10 Mark.

Gold. Herren-Rem.-Uhren
50, 60, 65—350 Mark.
System Glashütte
160—350 Mark.
Silberne u. Metall-Herren-Remontoir-Uhren
10, 12, 14—50 Mark.
Reisewecker u. Wecker
von 5—20 Mark.

Gold. Damen-Rem.-Uhren
30, 33, 35—150 Mark.
Silber- u. Metall-Damen-Remontoir-Uhren
14, 16, 18—25 Mark.
Aeueste Regulator
18, 20, 22—100 Mark.
Stand- und Wanduhren
von 4—100 Mark.

Für jede gekaufte Uhr garantire 2 Jahre.
Uhrketten in Gold, Double, Talmi und Nickel.
Reparaturen unter Garantie an Uhren, Goldwaaren und optischen Artikeln.

Knorr's
Erbsen-, Bohnen-, Linsen-, Reis-, Gries-, Julienne-, Grünkern-, Kartoffel-, Körbel-Suppentafeln, per Stück — 6 Port. — 20 ₰, **Mockturtle-Suppe, Curry-Suppe,** per Tafel 30 ₰
Erbsen-, Bohnen-, Linsen-, Hafer-, Reis-, Grünkernmehl, per ½ Pfd.-Packet von 20 ₰ an, **Julienne,** p. ½ Pfd.-Packet 50 ₰

Liebig's Backpulver, Liebig's Pflanzen-Gelée, Liebig's Backmehl.

Wiener Puddingpulver, per Packet 20 ₰.

Dr. Naumann's sämmtliche **Essenzen** und **Gewürz-Extrakte** laut Original-Preisliste.

Mondamin in ¼ und ½ Pfd.-Packeten.

Echten Maccaroni, p. ¼ Pfd. 50 ₰, ½ Pfd. 25 ₰.

Echt Teltower Rübchen, per Pfund 20 ₰.

Neue Goldgrünellen, Tafelpflaumen, Ringäpfel. Große Madeira-Zwiebeln zum Füllen
offeriren
Gleim & Windmüller
Leipzigerstraße 95/96.

Badische Weine.
Gebr. Schlager, Lahr i. B.
Prämiirt auf sämmtl. beschickten Ausstellungen.
Patentkeller seit 1876.

Wir offeriren sehr beliebte
Weisswein:

Kaiserstühler, angen. Tischwein	Pfg.	60
do. do. bessere Sorte	„	70
Markgräfler, feiner Tafelwein	„	80
Ortenauer, do. sehr kräftig	„	90
Durbacher, feiner Dessertwein	„	100

Rothweine:

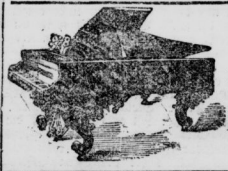
Kaiserstühler, mild und angenehm	„	80
Zeller, Ersatz für kleine Bordeaux	„	120
Affenthaler, dgl. sehr gerbstoffhaltig	„	140

Preis pr. Liter ohne Fass, od. pr. ¾ Lit.-Fl. incl. Glas und Packung, ab Lahr.
Transportgebinde leihweise bis 600 Ltr. Geh.
Garantie für reine Traubenweine.

Neueste Bedienung. **Billigste Preise.**

Schnabel & Grünberg,
22. Leipzigerstraße 22,
C. A. Schnabel, gr. Märkerstr. 2,
empfehlen zu **feinen Betten** als allervorzüglichste und zweckmäßigste Stoffe, welche bis jetzt existiren, bei billigster Preisnotirung:
Beste **Federköper** und beste **Daunen-Atlasse** in voller Bettbreite, unübertrefflich an Federdichte und Haltbarkeit, in hell- und dunkelrosa gestreift, ganz rosa, roth oder blau gestreift.
Zu weißen Bettbezügen: feinste **reinleinene Damaste; Elsässer Damaste** in neuen prächtigen Mustern; **weiße Leinen** in voller Bettbreite, sowie alle übrigen dazu geeigneten Stoffe.
Fertige Ueberzüge und **fertige Inletts** zum sofortigen Füllen.
Beste feingerissene neue **Bettfedern** und **Daunen,** à Pfd. 1,25—6 ℳ
Lager fertiger neuer Federbetten: nur Leipzigerstr. 22, das Gebett (Ober-, Unter-Bett u. Kissen) ℳ 20, 26, 30, 40—120.
In sämmtlichen Betten nur garantirt **neue** gerissene Gänsefedern.

Brillen — Klemmer
von 1 ℳ an, mit den **feinsten Krystallgläsern,** in sauber und dauerhaft gearbeiteten Gestellen, werden jedem Auge auf das Sorgfältigste angepaßt bei
Otto Unbekannt,
Werkstatt u. Lager für mathem., physikal. u. optische Instrumente.
Kleinschmieden quervor, neben der Forelle.



Bieling & Richter,
Eisleben, Freistr. 14,
Bechstein, Schwechten, Feurich, Kaps, Ibach, Zeitter & Winkelmann, Mann & Co., Schmidt & Sohn u. a. m.
Kreuzsaitige Flügel und Pianinos
Rmk. 400—3500.

Pa. westph. Schmelzcoak bei **August Mann, Schiffgasse.**

Beuchlitz.
Sonntag den 19. und Montag den 20. d. Mts. **Kirmess,** wozu freundlichst einladet **Franke.**

Brachstedt.
Sonntag d. 20. u. Montag d. 21. d. M. ts.
Kirmeß-Ball,
wozu freundl. einladet **A. Mennicke.**

Schlettau.
Zur Kirmeß Sonntag den 19. u. Montag 20. Oktober ladet freundlichst ein
Wernicke.

Für den Inseratentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18901018019/fragment/page=0004